

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzuordnen
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 6 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Dorothea-Verlag GmbH,
Berlin SW 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297

Schiedspruch für die Schuhindustrie.

Fünf Pfennige Lohnzulage ab 20. Dezember.

Die Einigungsverhandlungen, die gestern im Reichsarbeitsministerium für die Schuhindustrie begannen, zogen sich bis heute in die Mittagsstunde hinaus. Die Unternehmer hatten zunächst bekanntlich nicht nur jede Lohnhöhung, sondern überhaupt jede Verhandlung über eine Lohnhöhung abgelehnt.

In den neuen Verhandlungen haben die Unternehmer sich schließlich bereit erklärt, eine Lohnhöhung von 3 Pf. zu gewähren, aber unter der Voraussetzung, daß die Arbeitergruppen davon ausgenommen würden, die im Afford mehr als den Tariflohn verdienen.

gemacht. Die Lohnhöhung beträgt nach dem heute gefällten Schiedspruch nur 5 Pf. die Stunde. Die Unternehmer haben durch die Drohung mit der Generalaussetzung einen, wenn auch nur kleinen Erfolg gehabt.

Lohnbewegung in der Metallindustrie. Vor großen Kämpfen.

Frankfurt a. M., 31. Dezember. (Wfb.) Die Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Höchst und Hanau haben den jetzt bestehenden Lohnvertrag für die Metallindustrie sowie sämtliche Lohn- und Rahmenverträge des Kleingewerbes gekündigt.

Opladen, 31. Dezember. (Wfb.) Der Tarifvertrag für die Metallindustrie im unteren Kreise Solingen ist von den Metallarbeiterverbänden zum 31. Januar 1927 gekündigt worden.

Jahresende, Jahreswende.

Von Hermann Wendel.

Wenn der Silvesterpunsch auf dem Tische dampft, schlägt die große Stunde der Illusionen. Alles, was das ausklingende Jahr ihm versagt hat, erwartet das leicht entzündliche Gemüt fast mit Bewußtheit von den nächsten zwölf Monaten.

Wenn der Alkohol sie heute auf den Gipfel trägt, von dem sie das monarchistisch-militaristisch-reaktionäre Kanaan dicht vor ihren Füßen zu erblicken wähnen, sind sie nicht einmal zu hundert Prozent Schwärmer ins Blaue hinein.

Havas dementiert endlich. Die Wahrheit über den Mainzer Zwischenfall halbwegs zugegeben.

Paris, 31. Dezember. Die Agentur Havas dementiert indirekt die von ihr verbreitete Nachricht, zwei französische Soldaten seien in der Nacht zum 25. Dezember von sieben Deutschen angegriffen worden.

Sie stellt den Fall in einem aus Mainz datierten Telegramm wie folgt dar: Die beiden Soldaten sind sofort nach ihrem Eintreffen in der Kaserne um 2 Uhr morgens in Arrest gefügt worden.

Es wird angedeutet, daß das weitere Vorgehen von den aus Mexiko eintreffenden Nachrichten abhängig gemacht werden würde.

Rückzug aus Nicaragua.

Coolidge ordnet angeblich den Abzug der amerikanischen Truppen an.

Paris, 31. Dezember. (E.P.) „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, Präsident Coolidge habe gestern dem Staatsdepartement die Beobachtung strengster Neutralität in Nicaragua empfohlen.



Zu Amerikas Eingriff in Nicaragua.

amend die Zurückziehung der amerikanischen Marinetruppen aus den besetzten Gebieten Nicaraguas angeordnet, mit Ausnahme einiger weniger Punkte, wo schwache Abteilungen zum Schutze des bedeutenden amerikanischen Besitzes zurückgelassen werden.

Die Militärzensur aufgehoben.

New York, 31. Dezember. (Wfb.) Der amerikanische Admiral Bahmer hat dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß die gesamte Zensur über die Radiostationen in der neutralen Zone von Nicaragua aufgehoben worden sei.

Die Memelausweisungen aufgeschoben.

Bis zum Abschluß einer Untersuchung.

Wemel, 31. Dezember. (Wfb.) Wie aus Rowno zuverlässig berichtet wird, sind die Ausweisungen der drei reichsdeutschen Redakteure vorläufig ausgesetzt worden, bis die eingeleitete Untersuchung beendet ist.

Besprechung zur Verhütung weiterer Zwischenfälle.

Amlich wird gemeldet: Unzweifelhaft durch das Urteil des Landauer Kriegsgerichts im besetzten Gebiet entstandenen Beunruhigung ist im Auftrage des Reichsministers für die besetzten Gebiete Dr. Bell der Reichskommissar Freiherr Langwerth v. Simmern mit der Internationalen Rheinlandkommission in Koblenz in Besprechungen darüber eingetreten, in welcher Weise wirksame Maßnahmen zur Verhütung weiterer schwerer Zwischenfälle getroffen werden können.

Aufstellung der Senatskandidaten.

Millerand fällt beim Nationalen Block durch.

Paris, 31. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund einer unter den verschiedenen Parteien angehörenden, Senatsdelegierten vorgenommenen Abstimmung, bei der neun Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht haben, hat die Verteilung des Nationalen Blocks beschlossene, bei den Senatswahlen eine Liste der sogenannten „nationalen Einheit“ von neun Mitgliedern aufzustellen und den Wählern freizustellen, einen zehnten Namen nach Goutdünten einzutragen, da zehn Senatoren zu wählen sind.

Millerand, der die absolute Mehrheit nicht erreicht hat, wird auf dieser Liste nicht erscheinen. Man fragt sich in hiesigen politischen Kreisen, was unter diesen Umständen der frühere Präsident der französischen Republik zu tun gedenkt, und ob er tatsächlich, wie er gestern einem Berichterstatter des „Antirépublicain“ erklärt hat, allein in den Wahlkampf gehen wird.

Mexiko weicht vor Amerika nicht zurück.

Die Landgesetze bleiben in Kraft.

Paris, 31. Dezember. (Wfb.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Mexiko hat Präsident Calles die amerikanischen Delinquenten nochmals davon in Kenntnis gesetzt, daß die neuen mexikanischen Gesetze am Sonnabend in Kraft treten.

New York, 31. Dezember. (Wfb.) Der Verband der amerikanischen Delinquenten in Mexiko hielt eine Versammlung ab, um zu der Ablehnung des mexikanischen Präsidenten Calles, das Inkrafttreten der Gesetze hinauszuschieben, Stellung zu nehmen.

Wögen die Illusionisten von links, die Kommunisten, mit ähnlichen Hochgefühlen 1927 als das Jahr begrüßen, das die in Moskau so oft angelegte Weltrevolution von Tibet bis USA nun wirklich bringt, so hoch eine andere Spielart von Zeitgenossen verdrossen vor ihrem billigen Glühwein.

Gleich weit von jenen Illusionisten wie von diesen Bestimmten stehen wir. Zwar wissen wir nur zu genau, daß es auch in des neuen Jahres ersten Stunden für viele nichts zu laßen gibt.

Auch der innerpolitische Himmel ist dank dieser verquälten und verkrochten Kräfte, die einer verschleppten Grippe gleich, nicht mit rosenfarbenen Lämmerwölken besetzt, und wie in das internationale Veröhnungswerk, das von Locarno über Genf und Thoiry führte, jederzeit eine nationalistische Handgrane fliegen kann, hat das Urteil von Landau kläglich ermiesen. Gleichwohl, wenn wir den 31. Dezember nicht wie einen beliebigen anderen Tag des gregorianischen Kalenders, sondern als einen Punkt der Rückkehr und des Ausblicks nehmen, drängt sich uns das alte Trost- und Jubelwort auf: *! puor si move!* Und sie bewegt sich doch, die alte Welt! So manches ward in den letzten zwölf Monaten in unseren Scheuern geborgen, was wir in den Anheilsjahren vormdem nie so bald zu hoffen gewagt hätten. Trotz aller Umtriebe derer, die *hr* zu gern ans Leder möchten, stand die Republik 1923 fester als 1925 und 1925 fester als 1924, und in das Jahr, das Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit allem Drum und Dran erlebte, fiel auch ein gut Stück Abbau des Hassgeistes von Versailles.

Aber mehr als das Erreichte stimmt uns die Gewißheit zuversichtlich, daß die Sozialdemokratie nicht eine Partei unter den Parteien ist und daß uns nicht allein das Mitgliedsbuch verbindet. Manche radikale Kaffeehausliteraten, auf individualistische Schnurrpfeifereien verfaßten, lähmten die marxistische Weltanschauung, weil sie als Passivitätslehre die Hände in den Schoß legen und auf das von selbst kommende große Wunder warten lasse. In Wahrheit ist die sozialistische Auffassung vom Gang der Dinge eine Aktivitätslehre schärfster Spannung, denn nichts befähigt mehr das Wollen der Menschen, als das Gefühl, daß die Entwicklung sie trägt, daß „der Geschichte, ehernes Ruch“ hinter ihnen steht, daß der Weltwille sie zu seinen Vollstreckern erkoren hat. Wen diese Erkenntnis durchdringt, für den gibt es keine Niederlagen, sondern nur Siege, kein Zurück und kein Halt, sondern nur ein Vorwärts. Manche Ungebildigen freilich mag es, und manchmal nicht zu unrecht, bedünken, als fehle unserer Galcere zuweilen der Wind in den Segeln. In einer seiner erschütternden Siegesgeschichten schildert der große englische Erzähler *Joseph Conrad*, der jetzt, nach seinem Tode, endlich auch in Deutschland bekannt zu werden beginnt, nichts weiter als ein Schiff, das wegen lähmender Windstille einem fieberverseuchten tropischen Hafen nicht zu enttrinnen vermag, und Entmutigung zermürbt die Mannschaft und die böse Krankheit befallt einen nach dem anderen. In solcher Klauke schien auch die deutsche Sozialdemokratie zu liegen, als sie unentschieden zwischen Koalition und Opposition lauierte. Mit *Scheidemanns* Rede hob eine steife Brise zu wehen an. Daß das neue Jahr uns einen frischen Wind bringe und aufs offene Meer hinausstreibe, ist unser einziger Silvesterwunsch. Und er gilt nicht der Partei allein, vielmehr:

Gut Wind und gut Geschick
der deutschen Republik.

Neujahrserlasse an die deutsche Wehrmacht. Betonung der Verfassungstreue.

An die Wehrmacht sind zum Neujahrstage folgende Erlasse ergangen:

An die Wehrmacht! Der deutschen Wehrmacht spreche ich darum meine herzlichsten Wünsche zum Jahreswechsel aus. Ich weiß, daß sie wie bisher auch künftig in selbstloser, treuer Arbeit ihre Schuldigkeit tun wird.

Der Reichspräsident v. Hindenburg.

Im neuen Jahr mit neuer Kraft, das alte Ziel glückselig.

Der Reichswehrminister Dr. Götter.

An die Reichswehr! Kameraden! Ein ernstes Jahr liegt hinter uns. Unbeteiligt durch alles Schwere hat das in Behorjam,

Manneszucht und treuer Kameradschaft selbigeinigte Reichsheer auch in diesem Jahre aufrecht, still und selbstlos seine Pflicht getan. Dafür sage ich jedem Angehörigen Dank und Anerkennung. Anserem der Reichsverfassung geleisteten Eide unerschütterlich treu, dem ganzen deutschen Volke gehörend, keiner Partei dienend, so treten wir mit blankem Ehrenschild als scharfes, zuverlässiges Instrument des Staates in das neue Jahr. Ich habe die sichere Zuversicht, daß das deutsche Volk in allen seinen Teilen mehr und mehr erkennen wird, daß die Befehlszüge unseres Reichsheeres wie bisher so auch in Zukunft treue, unbeirrbar pflichterfüllte und selbstlose Hingabe an den Dienst für Volk und Vaterland sind. Was wir dazu tun können, wollen wir tun. Bohlan dann, Kameraden, furchtlos und treu voran, mit Gott im festen Glauben an Deutschlands Zukunft.

Hene, General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

An die Reichsmarine! Mit meiner dankbaren Anerkennung für die treue Arbeit daheim und Uebersee verbinde ich meine herzlichsten Neujahrswünsche für die Reichsmarine. Unbeteiligt durch die Kämpfe der Parteien, werden wir auch im kommenden Jahre nur dem Vaterlande dienen und uns allzeit zu dem Fahren-eide bekennen, den wir auf die Verfassung des Deutschen Reiches geschworen und bisher unerschütterlich gehalten haben. Uns deutschen Soldaten gilt jetzt und immerdar nur eine Losung: für Volk und Reich, Zentner, Admiral und Chef der Marineleitung.

Das doppelte Bekenntnis zur Verfassungstreue ist zweifellos nicht von ungefähr. Er hat gerade in der Gegenwart einen bestimmten Sinn und Zweck. Wir dürfen es nicht ohne Genehmigung registrieren.

Pleite.

Rahenjammer der Vaterländischen noch vor Silvester.

Die „Deutsche Zeitung“, das Organ der „Vaterländischen Verbände“, veröffentlicht eine Jahresbilanz der vaterländischen Bewegung, festgesetzt von dem Generalmajor a. D. Graf v. d. Golz. Der Abschluß der Bilanz ist mit einem Worte zu kennzeichnen: Pleite.

Wer aber ist schuld? Die Juden! v. d. Golz schreibt: „Das Jahr 1926 war für die vaterländische Bewegung kein gutes. Man muß es zugeben, unsere Feinde vertrieben ihr Geschäft und ihre Zeit. Sie machen mit Geld alles. In nationalen Kreisen verbreitete Zeitungen und Zeitschriften werden bezahlt und verbreiten die internationale und pazifistische Politik ihrer Geldgeber in geschickter Weise und zerlegen so ganz allmählich die nationale Bestimmung. Gut aufgemachte und dialektisch geschickte Broschüren werden umsonst in Rechtstreue verschickt, um dasselbe nationale zerlegendes Ziel zu erreichen. Führer der nationalen Bewegung wiederholen plötzlich die Lügenpropaganda, die zum eisernen Bestand der Judenpresse gehört und niemand weiß, woher diese Beeinflussung kommt. Weit schlimmer ist, daß an einem anderen Führer viele Anhänger festhalten, obwohl ihm Vertrauensbruch, talmudische Auslegung eines Ehrenwortes, Beschimpfen aller anderen vaterländischen Verbände, Kofettieren mit dem Reichsbanner und eine franzosenfreundliche, pazifistische Politik nachgewiesen wird, die den vollen Beifall aller äußeren und inneren Feinde findet. Zur Verschleierung der eigenen Lage wirft er den Kreisen, die sich finanziell schwer halten können, Bestechung durch die *Blutrazie* vor. Auch sonst fehlt öfter zielfähige, kraftvolle Führung. Unsere Feinde sind bemüht, in unsere Kreise, die gegen die Korruption unserer Zeit idealistisch ankämpfen, dieselbe Korruption hineinzutragen und unsere völkisch-nationalistische Erneuerungsbewegung von innen zu zerlegen. Wahrscheinlich, der ein kleines Vermögen darstellende Nobelpreis erscheint als eine viel zu geringe Belohnung für die moralische Abrüstung der Freiheit liebenden völkischen Jugend und wir können uns nur wundern, daß auch die reaktionären staatlichen Unterdrückungsversuche der großdeutschen Studentebewegung nicht dieselbe Anerkennung des Auslandes gefunden haben.“

Alle sind tief gerührt. Der Punsch plätschert in die Gläser. Die Uhr läßt sich zu zwölf Schlägen herbei. Onkel toastet: „Auf die treudeutsche Zukunft, die uns das Blei prophezeit hat!“

Alle sagen überzeugt: „Proßt Neujahr!“

Die Donkofsaken, zurückgekehrt von ihrer Australienreise, zeigten in der *Phiharmonie* bei gut belestem Hause ihr Können. Es ist immer dasselbe. Naturstimmen von ungezügelter roher Kraft, im Fortissimo fast schmerzhaft für den Zuhörer. Wäse von wunderbarer Fülle und Tiefe. Unerreicht zarte russisch-südlische Tendenz. Das Programm zum Teil bereits vielfach gebracht mit einigen neuen Liedern. Wenige Verlen des russischen Volksliedes, wie *Ch-lyshnen* und *Stenja* Rasin oder das *Wiegensied Gret Schan-nosi*. In der Hauptrolle Schläger, auf äußerer Effekt bedacht, berechnet für russlandfreundliches Publikum. Zum Kenner des russischen Volksliedes sprechen sie wenig. Man empfängt überhaupt den Eindruck, daß der Donkofsatenchor auf einem toten Punkt angelangt ist. Es wird da nicht gearbeitet, die Stimmen sind so unkulturlos wie früher, die Diktion ebenso schlecht. Man versteht kein Wort. Schade. Dieser Chor wird sich bald auflösen haben. Vergleichen man ihn mit dem ehemaligen russischen Chor des Archangelski, der vielleicht das Höchste an russischer Gesangschönheit bedeutete und kein Stillestehen konnte, so ist es einem um das schöne Stimmaterial leid, das hier zum Teil ungenützt brach liegt. Ob das an dem Dirigenten *Jaroff* liegt der vielleicht die Grenze seines Könnens erreicht hat, oder an einer anderen Ursache, bleibe dahingestellt. Und trotz alledem: man bedauert nicht, wieder einmal dagewesen zu sein. Schon um der wenigen, eindrucksvoll vorgetragenen Volkslieder. Man bedauert nur, daß die Preise im Gegensatz zu früher für den Mann aus dem Volke unerschwinglich sind. Es wäre zu wünschen, daß der Chor gelegentlich in einem Arbeiterortel zu vollständigen Preisen sein Können zeigen würde.

Ein internationales Museumsamt. Der internationale Völkervereinsamt für geistige Zusammenarbeit ist im Begriff, in Genf ein internationales Museumsamt ins Leben zu rufen. Das Amt soll versuchen, eine wechselseitige Unterstützung der Museen der Welt einzuleiten. Das Amt sollte schon im letzten Frühjahr begründet werden. Es ging damals ein Rundschreiben an die großen öffentlichen Kunstsammlungen aller Länder; der Ausschuss für geistige Zusammenarbeit erhielt daraufhin von so gut wie allen großen Museen zustimmende Bescheide. Nun hat ein Unteransatz die verschiedenen Denkschriften, die von Museumsleuten der großen Kulturstaaten eingegangen waren, zu einem Arbeitsplan für das internationale Museumsamt verwertet. Eine Entschließung dieses Unteransatzes erklärt, es sei jetzt an der Zeit, das Museumsamt zu begründen. Seine Aufgaben sollen folgende sein: die Museen, sowohl diejenigen auf nationaler wie auf internationaler Basis, sollen in einem Handbuch aller Museen der Welt vereinigt werden, um eine gegenseitige Kenntnis und Beziehungen zu ermöglichen. Das Amt soll ferner Stiftungen und Leihgaben von Einzelpersonen an öffentliche Kunstsammlungen anregen. Dann soll für Graphiken Laufsch angelegt und der Verkauf von graphischen Blättern er-

Dies Gefäß eines kleinen Hegers zeigt den ganzen Tiefstand der sogenannten „vaterländischen“ Bewegung. Die geistige Vertiefung besteht in dem einen Satz: alles von den Juden gekauft. *Mahraun* gekauft, *Sirejemann* gekauft.

Die Herrschaften sind nicht nur organisatorisch, sondern auch geistig pleite.

Bayerischer Bierkrieg.

Aufforderung zum Bierbonfott. — Einheitfront gegen die Brauer.

Der Bayerische Brauerbund will den Bierpreis um 6 Pfg. für das Liter erhöhen. Dagegen rebelliert ganz Bayern — Volksbewegung gegen die Bierpreiserhöhung.

Der Bezirk Bayern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten gegen die vom Brauerbund beschlossene Erhöhung des Bierpreises Stellung genommen und ein Einschreiten der Regierung verlangt. In dem Schreiben heißt es u. a., unter den obwaltenden Wirtschaftsverhältnissen wäre eine derartige Preissteigerung eine verantwortungslose Tat, die sicher vom Großdeutschen Volke verurteilt wird. Durch eine solche Preissteigerung würde die ungenügende Lebenslage des schaffenden Volkes erneut verschlechtert. Die Empörung der Arbeiterschaft über diesen Plan sei daher verständlich und die Regierung werde ersucht, alles zu unternehmen, was geeignet sei, diese Preissteigerung zu verhindern.

Gleichzeitig fordert der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausführenden, und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund in einem Aufruf die Gewerkschaftsmitglieder auf, kein Bier zu den erhöhten Preisen zu trinken.

Der Brauerbund verteidigt die Bierpreiserhöhung in Zuschriften an die Presse, hat jedoch damit kein Glück. *Voll Jörn* zerstückt der „Bayerische Kurier“ diese Zuschriften, er läßt keinen guten Rest daran. Die Erbitterung ist so groß, daß er sogar gegen *Das Hofbräuhaus* losstößt! Höhnisch schreibt er schließlich:

Eines muß man den Brauereien zugestehen: eihlich hat ihr Vorgehen recht gut gewirkt. Die Abstinenz- und Temperanzbewegung hat einen neuen Anstoß erhalten und wird in der Öffentlichkeit mehr Unterstützung erhalten als bisher. Die Brauereien sind die besten Erzieher zur Mäßigkeit. Einerseits der hohe Bierpreis, andererseits das vielfach übliche unerhörte schlechte Einschenken — gegen das heute von den Behörden viel weniger (d. h. kein gar nichts) geschieht als früher, obgleich die finanzielle Auswirkung des betrügerischen Einschenkens eine ganz andere geworden ist; dies alles wirkt zusammen, daß die Propaganda der Abstinenzler und Temperanzler in Deutschland je länger je mehr auf guten Boden fallen muß.

Der Jörn muß groß sein, wenn man in Bayern die Abstinenzbewegung lobt. Es ist Krieg in Bayern! Diesmal allerdings nicht mit Nordwesten. Es werden auch keine Spione von Fremdmördern umgebracht. Es geht nur um die Maßkrüge.

Im Gegensatz zu der vom Spitzenverband der Brauereindustrie als Richtlinie empfohlenen Preissteigerung von 4 Mark pro Hektoliter Bier hat sich der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien entschlossen, nur eine Preissteigerung von 2 Mark pro Hektoliter ab 1. Januar eintreten zu lassen.

Der Bayerische Brauerbund hat seine anfängliche Absicht, ab 1. Januar das Liter Bier um 6 Pfg. zu erhöhen, unter dem Proteststurm der Bevölkerung ebenfalls aufgegeben und sich bereit erklärt, nur eine Erhöhung um 4 Pfg. pro Liter eintreten zu lassen.

Der zweite Frankfurter Kranz. Nachdem *Windschgrün* wegen einer angeblich notwendigen Operation den Weg aus dem Zuchthaus in das äußerste Sanatorium *Budapest* fand, hat sich auch bei Ungarns ehemaligem Landespolizeichef *Radosly* eine Krankheit eingestellt, um derenwillen er das Zuchthaus mit dem Krankenhaus vertauschen muß.

Stahlhelmers gießen Blei.

Von Hans Bauer.

Das kleine Bleistück brät in der Pfanne. Familie Stahlhelmer verfolgt verwundert den Schmelzprozeß.

Papa Stahlhelmer tippt jetzt den Bleiarei in ein Waschbecken hinein. Das Metall zischt Wasserdampf an die Stubendecke hinauf, glückt im Schmelz über die grobe Behandlung ein paar winzige Läne heraus, beruhigt sich allmählich und liegt nun als hartgefotener Klumpen auf dem Waschbeckenboden.

Stahlhelmers gaffen neugierig das formlose Resultat an und bemühen sich, an dessen zackigen Spitzen ihr Kombinationstalent zu wehen.

Dunkelchen vermutet „ein Schiff mit drei Masten und einem Rettungsboot an der Seite“, Papa wieder behauptet, er sehe „drei kniende Soldaten, die das Gewehr anlegen“, während Mama von „einem Korb mit drei Quasten“ muntelt und Frieda, das Töchterchen, nicht umhin kann, an „einen Panther“ zu denken, „der zwei Francken ausbreitet und mit dem Schwanz wedelt“, was wieder Kasimir gar nicht findet, der „eine Landschaft mit drei aufragenden Telegraphenstangen“ erkennen will.

Papa Stahlhelmer hat den Klumpen inzwischen aus dem Wasser genommen und ihn auf den Serviertisch gelegt.

Eine lange Pause tritt ein, während der das Bleistück durch die diversen Hände wandert. Schweigen hält den traulichen Kreis umfangen. Die Uhrzeiger plätschern die Zeit dem neuen Jahr entgegen. Da bemerkt Dunkelchen: „Wir sind uns eigentlich noch gar nicht im Klaren darüber, was wir denn aus dem Bleistück erleben wollen.“

Schweigen.

Papa brummt: „Ja, eigentlich.“

Die anderen haben sehr nachstimmende Mienen aufgestülpt. Nach einer Weile piepst Frieda: „Aber das ist doch ganz selbstverständlich: die Zukunft natürlich soll uns das Bleistück prophezen.“

Papa brummt: „Ja, eigentlich.“

Dunkelchen bemerkt schüchtern: „Aber welche denn?“

Frieda piepst: „Nun, überhaupt so.“

Alle sinnen wieder sehr angezogen nach. Dann glauben sie, damit zufrieden sein zu können.

Dunkelchen erhebt nun seine ganze Aufmerksamkeit vom Stuhl und führt aus, daß er sich nicht davon abbringen lassen könne, daß der Bleiguß ein dreimaßiges Schiff mit einem Rettungsboot an der Seite darstelle. Dann erhebt er die Stimme: „Wie die dreimaßigen Schiffe hinaussegeln . . . hinaussegeln in das Weite . . . so segeln auch wir mit geliebten Segeln einer neuen deutschen Weltgattung entgegen . . . die uns wieder aufwärts führt aus der trübsamen Gegenwart, in die wir versunken sind . . . hinein in eine wehrhafte Zukunft, wo der deutsche Name wieder etwas gilt! Das prophezeit das Blei!“

leichtert werden. Dasselbe soll für Münzen geschehen. Ferner will das Amt ein Verzeichnis photographischer Sammlungen herstellen, das Photographieren von Kunstwerken, die noch nicht abgebildet sind, anregen und ihre Verbreitung auf dem Wege der Mikrophotographie erleichtern. Man will die Mittel und Wege studieren, um die Museen in der Erfüllung ihrer erzieherischen Aufgaben zu unterstützen, durch Vorlesungen, Wanderausstellungen usw. Das Museumsamt wird eine Zeitschrift herausgeben. — Wie man sieht, ist das ein sehr weit gefasstes, aber noch sehr vages Programm, das jedoch, richtig angewandt, sicher manchen Nutzen bringen kann.

Die deutschen Fachärzte. Eine Statistik der Fachärzte Deutschlands im Jahre 1926, die in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wurde, zeigt, daß von den mehr als 44 000 Ärzten rund 14 000 Fachärzte sind, also auf die Gesamtzahl 32 Proz. Spezialisten kommen. 5 Proz. aller Ärzte sind Dermatologen und Urologen, nämlich 2428. Ein solcher Spezialist kommt auf 26 000 Einwohner. Die 1688 Internisten und 1661 Nervenärzte und Psychiater machen je 3,7 Proz. der gesamten Ärzteszahl aus. Chirurgen gibt es 1536, Frauenärzte 1479, Ohren-, Nasen- und Halsärzte 1388, Augenärzte 1185, Kinderärzte 975, Chirurgen und Frauenärzte 570, Lungenärzte 409, Orthopäden 312, Magenärzte 239. Die Fachärzte konzentrieren sich fast durchweg auf die Groß- und Mittelstädte; nur Nervenärzte, Lungenärzte und Orthopäden gibt es auch in größerer Anzahl auf dem Lande, was hauptsächlich daraus zu erklären ist, daß diese Gruppen besonders zahlreich in nicht in den größeren Städten gelegenen Heilstätten vertreten sind.

Erkennführungen der Woche. Dienst. Theater d. Kommandantenstr. „Villa Bendorff“. Freit. Schiller-Theater: „Wallenstein Tod“. Sonnab. Theater am Kurfürstendam: „Major Barbara“.

Urania-Vorträge. „Der Sohn der Berge“: 2, 6, 7, 4, 5, 7, 9, 6, 9, 8 (5); Die versunkene Flotte: 3 (5), 4, 7, 7; Die Warendauspringer: 3 (7), 9, 4, 5, 7, 5, 7, 9, 6, 8, 9 (5, 9); Roberte Verkaufstank: 5 (7); Schwäche und vorzeitiges Altern: 6 (7); Filmkaufpieler und Filmkaufpielerinnen: 8 (7); Selbstmord und Sexualität: 8 (9); Sech Jahre praktische Altersbestimmung: 9 (7); Die Pilger der Wallfahrt: 8, 6 (9); Grundlagen der Starfremdenhilfe: 8 (7); Auf verbottenen Wegen durchs Arieengebirge: 8 (7).

Vollstübne. Im Theater am Säulensplatz findet am 4. Januar die 50. Aufführung von Leo Grönlers „Lysistrata“ (nach Aristophanes) in der Inszenierung von Fritz Goll mit Agnes Straub in der Titelrolle statt.

Im Rahmen der „Jahreschau Deutscher Arbeit, Dresden 1927“ veranstaltet der Bund Deutscher Berufsgraphiker u. a. eine Sonderausstellung unter dem Titel „Das Wasser als Träger künstlerischer Form“. Der B.D.B. die Landesorganisation der deutschen Berufsgraphiker und Buchgraphiker, gibt zum ersten Male einen umfassenden Ueberblick über das Gesamtschaffen der Berufsgraphiker. Die Ausstellung soll weiten Kreisen des Publikums die Tätigkeit des Künstlers im Dienste der Wirtschaft in sinnvoller Form veranschaulichen.

Der Bildhauer *Ettore Sottsass* ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Er hat in Italien zahlreiche Denkmäler ausgeführt, darunter das für *Garibaldi* in Rom, und sich auch im Ausland einen Namen gemacht.

Erwerbslose, Arbeiter, Angestellte.

Die Regelung der Zulagen in den Ländern.

Die Bewilligung der Notzulagen für die Reichsbeamten hat zu verschiedenen Vorgängen geführt und manche Probleme berührt, die ernstlicher Beachtung wert sind. Es handelt sich um den Zusammenhang zwischen der Beamtenbesoldung, der Entlohnung der Arbeiter im öffentlichen Dienst und der Fürsorge für die Erwerbslosen.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags wurden die Reichsbeamten in die Notzulagen für die Reichsbeamten mit einbezogen. Auch die Erwerbslosen sind auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion berücksichtigt worden. Gegen den Willen der Fraktion wurden auch die Beamten der Besoldungsgruppen VII bis einschließlich XII bedacht, und zwar stärker bedacht als die Beamten der Gruppen I bis VI.

Verschiedene Länder haben eine abweichende Regelung getroffen. So hat Baden den besonderen Frauenzuschlag nicht gezahlt, sondern dafür den Erwerbslosen zu der Reichsunterstützung eine besondere Zulage gegeben. Dagegen stimmen alle die Kommunisten! Hessen hat die Notzulagen auf die Beamten der Gruppen I bis VI beschränkt. Bayern hat zwar die Maßnahme für das Reich übernommen, aber vom Reichsfinanzminister kategorisch die Erstattung der Zulagen in Höhe von 4 Millionen Reichsmark verlangt. Und in Mecklenburg sind den Beamten der Gruppen VII bis XII lediglich die Frauen- und Kinderzuschläge gezahlt worden.

Man ist es gewiß unerwünscht, daß die Beamten des Reichs und der Länder unterschiedlich bedacht werden, nachdem sich die grundsätzliche gleiche Behandlung einmal eingeschärft hat. Doch darf nicht übersehen werden, daß eine ganze Reihe von Ländern ihren Beamten erhebliche Bevorzugungen vor den Reichsbeamten sowohl vor Schaffung des Besoldungssperregesetzes als auch nach seiner Aufhebung zugesprochen haben. Eine völlige Gleichstellung wird undurchführbar sein, solange die Länder existieren.

Wenn jetzt nicht alle Länder ebenso wie das Reich vorgegangen sind, so geschah dies aus finanzieller Not und weil noch andere Menschen da sind, die noch größeren Elend leiden als die Beamten. Dafür stellen die Beamten Verständnis haben. Mit einer grundsätzlichen unterschiedlichen Behandlung bei der kommenden Neuordnung der Besoldung hat diese einmalige Notzulagen nichts zu tun, auch wenn sie als Teil der Besoldung anzusprechen ist.

In Mecklenburg ist nun diese anderweitige Regelung der Notzulagen der Anlaß zu einem Sturm auf die Linksregierung geworden. Die im Mecklenburgischen Beamtenbund (Mitglied des Deutschen Beamtenbundes) organisierten Beamten der Gruppen VII und darüber und der Bund der höheren Beamten haben gegen die Linksregierung eine heftige Agitation entfaltet. Beauftragte dieser Beamtenbünde reisten im Lande umher und hielten in Versammlungen, die vom „Mecklenburgischen Beamtenbund“, „Deutschen Beamtenbund“ und dem Landesverband des Reichsbundes der höheren Beamten“ einberufen waren, Protestreden. Das Motto der Versammlungen war: „Das Haus brennt!“ Man forderte die Reichsregelung und sprach von „Antastung des Berechtigungsgefühls“.

Es gibt auch andere Beamte. So hat eine Landeskonferenz der sozialistischen Beamten Badens die Maßnahmen der badischen Regierung mit allen gegen eine Stimme ganz ausdrücklich geurteilt. Diese eine Stimme war die des Geschäftsführers des Deutschen Beamtenbundes in Baden.

In Mecklenburg ging der Ruf der Beamten nach Einberufung des Landtages, der, darüber konnte sich kein Mensch im unklaren sein, eine andere Regelung der Notzulagen beschließen und dadurch die republikanische Linksregierung kürzen sollte! Die Deutschnationalen und die Deutsch-Volksparteiler haben diesen Ruf nur zu gerne aufgegriffen. Der Landtag hat getagt, und — die Regierung ist nicht gestürzt. Es verbleibt bei ihrer Maßnahme.

Es ist richtig, daß eine Beamtenbesoldung nicht Erwerbslosenfragen zur Grundlage haben kann. Ebenso wie bei Tarifverhandlungen im Privatbetrieb muß für die Bemessung der Entlohnung des Beamten, auch dessen Leistung maßgebend sein. Grundsätzlich ist es aber, wenn der Deutsche Beamtenbund in seinem Organ erklärt, „daß die Frage der Sozialrentner und die Erwerbslosenfrage mit der Beamtenbesoldung nichts zu tun haben“. O ja, diese Fragen haben mit der Beamtenbesoldung erheblich zu tun, wie die Vorgänge bei der Notzulagenbewilligung bewiesen haben. Denn so sehr auch die Leistung des Beamten bei der Bemessung der Besoldung berücksichtigt werden muß,

die Beamtenbesoldung findet ihre natürliche Grenze an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reichs und seiner Pflicht, nicht Millionen von Volksgenossen verhungern und verkommen zu lassen.

Solange öffentliche Mittel zur Linderung der unsagbaren Not der Erwerbslosen, der Klein- und Sozialrentner in Anspruch genommen werden müssen, wird und kann es nichts anderes geben, als daß auch bei der Bereitstellung von Mitteln für die Besoldung der Beamten hierauf Rücksicht genommen werden muß. Kein Finanzminister, ganz gleich, von wo er kommt, würde anders handeln können; er würde, wenn er es nicht wollte, vom Reichstag dazu gezwungen werden.

Wenn der Deutsche Beamtenbund glaubt, daß — nach seinem Organ — bei einer Behandlung des Besoldungsproblems die erste Frage niemals lauten darf: „welche Mittel stehen für eine Erhöhung der Beamtenbezüge zur Verfügung“, und wenn ein Redner des Deutschen Beamtenbundes in Mecklenburg sagte: „Die Erklärung, es ist kein Geld da, kann bei uns nicht mehr verlangt“, so zeigen diese Äußerungen von einem solchen Mangel an staatspolitischer und sozialer Einsicht, daß man darüber nur den Kopf schütteln kann. Die Deutungsfrage ist mit solchen Redensarten nicht gelöst.

Ein weiterer grundlegender Irrtum ist es, anzunehmen, daß eine Trennung der Frage der Beamtenbesoldung von der Frage der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten möglich sei. Wer diese Trennung fordert in der Hoffnung, dabei eine bessere Besoldung der Beamten zu erreichen, übersieht, daß die Arbeiter und Angestellten bei gleicher Dienstleistung selbstverständlich den Anspruch auf die gleiche Entlohnung haben wie die Beamten. Auch ist es gar nicht zu vermeiden, daß zwischen der Besoldung der Beamten und der Entlohnung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst und in den privaten Betrieben Vergleich gezogen werden. Dies ist immer gemacht worden, auch schon unter dem Kaiserreich. Es muß ja schließlich eine Basis gefunden werden, auf die die Besoldungsstufe aufgebaut werden kann. Dies geschieht eben durch das Vergleichende. Auch hieran kommt kein Finanzminister vorbei, ganz gleich, von wo er her ist. Oder, der Reichstag und die Gewerkschaften aller Richtungen würden ihn dazu zwingen.

Mit einer „unpolitischen“ Beamenschaft — der heftigste Wunsch der Deutschnationalen —, die sich unter dem Deckmantel angeblicher Neutralität von Drahtziehern der Rechten gegen linksgerichtete Kabinette mischbräuen läßt, ist der Republik nicht gedient. Ebenso wenig können die breiten Massen der republikanisch geminteten Arbeiter und Angestellten einer Beamenschaft gewogen sein, die auf sie um egoistischer Ziele willen keine Rücksicht nimmt, und nur dann geneigt ist mit ihnen zu marschieren, wenn dies den Beamten zum Vorteil gereicht. Wo der Feind der Beamten steht, haben sie in den letzten Jahren nur zu Genüge erfahren und es tausendmal in ihren Hochzeitschriften ausgesprochen. Das sind die großkapitalistischen Wirtschaftskreise! Sie sind der gemeinsame Feind der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Willy Steinkopf, Oberpostinspektor.

Der Lohnkampf in der Textilindustrie.

Nach der Verbindlichkeitsklärung.

Die Textilarbeiter haben in den letzten Wochen in Thüringen, Sachsen, im Rheinland und in der Pommern Lohnkämpfe durchgeführt, in denen große Arbeitermassen in Bewegung waren und die Frage erstand, ob nicht durch Gewaltmaßnahmen der Unternehmer große Teile der Textilarbeiter zum Stillstand gebracht werden. In Thüringen waren bereits 26000 Textilarbeiter durch die Unternehmer ausgesperrt worden, obwohl das Enligungsverfahren noch nicht zum Abschluß gebracht worden war. In Sachsen kamen über 20000 Textilarbeiter in Betracht, die, wenn es hart auf hart ging, auf die Straße gekommen wären.

Was war die Ursache dieser gewaltigen Lohnkämpfe? In Thüringen sowie in Sachsen waren noch die Löhne, die im August 1925 durch Schiedspruch festgelegt worden waren, in Geltung. Diese Schiedsprüche hatten damals schon starken Widerspruch bei der Arbeiterschaft gefunden, weil sie nur eine minimale Lohnaufbesserung für die Zeitlöhne brachten, und die Arbeiter, ungefähr 60 bis 70 Proz. der Arbeiterschaft, leer ausgingen. Die Arbeiterschaft nahm damals mit großem Widerwillen die Schiedsprüche an, in der Hoffnung, sie bald durch eine Neuordnung corrigieren zu können. Diese Hoffnung ging leider nicht in Erfüllung, da die kurz nach Weihnachten 1925 einsetzende Krise jede Aussicht auf eine günstige Durchführung einer Lohnbewegung illusorisch machte. In Thüringen war der Tarif seit Februar 1926 abgelaufen und kein neuer wieder zum Abschluß gekommen. In Sachsen galten die Löhne vom August 1925. Die Arbeiterschaft war also gezwungen, über ein Jahr zu außerordentlich niedrigen Löhnen zu arbeiten, die in der Spitze 53 bis 54 Pfg. pro Stunde betragen, wozu noch 10 bis 20 Proz. Akkordzuschlag hinzukam. In dieser Zeitspanne sind die Lebensmittel und Mieten stark gestiegen. Es ist deshalb verständlich, daß die Arbeiterschaft bestrebt war, durch höhere Löhne einen Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung herbeizuführen. Beachtung verdient dabei noch, daß die Arbeiter durch Einführung neuer Maschinen zum Teil beträchtlich mehr leisten müssen als vor Abschluß der Lohntratte vom August 1925. Angesichts dieser Tatsachen war das Verhalten der Unternehmer, die jede Lohnaufbesserung ablehnten, um so unverständlicher. Die Unternehmer haben eben wieder einmal der Welt gezeigt, daß ihnen jede Lohnaufbesserung, und wenn sie noch so berechtigt ist, abgelehnt werden muß.

Das Ergebnis der Schiedsprüche, die durch die Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium den Arbeitsfrieden zwischen den streikenden Parteien hergestellt haben und die eine Lohnaufbesserung von 6 bzw. 6½ Proz. vorsehen, wird in keiner Weise den Ansprüchen der Arbeiterschaft gerecht; schon nicht im Hinblick auf die Löhne, die in anderen Industriezweigen gezahlt werden und die ebenfalls unter Berücksichtigung der Gesamtwirtschaft festgelegt werden sind. Wenn für die Höhe des Lohnes die Verhältnisse der Gesamtwirtschaft maßgebend sein sollen, dann müßten die Löhne der Textilarbeiter wesentlich höher stehen. Denn die Textilindustrie gehörte in den letzten Jahren zu den Industrien, die die günstigsten Gewinne abgeworfen haben.

Leider ist von den Schlichtungsbehörden diese Tatsache nicht genügend beachtet worden. In der Textilindustrie wurden in den ersten Nachkriegsjahren Löhne gezahlt, die sich von denen in anderen Industrien kaum unterscheiden. Erst bei der Kartellabklärung trübten die Löhne zurück. Die Schlichtungsbehörden haben vielfach der Textilarbeiter nicht nur die Löhne, sondern auch den Arbeitsstandtag verflümmert.

Die Zwölfstundenschicht verbindlich.

Aber nicht die Unterfuchung auf Beseitigung.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir bereits die Hoffmedung veröffentlicht, wonach der Schiedspruch für den Mitteldeutschen Braunkohlenergbau vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist. Diese Meldung ist, wie wir inzwischen festgestellt haben, irreführend. Der Reichsarbeitsminister hat nur einen Teil des Schiedspruches für verbindlich erklärt und zwar den zweiten Teil, der mit ganz geringfügigen Abänderungen die bisher geltende Arbeitszeit bis zum 1. April aufrecht erhält.

Den ersten Teil des Schiedspruches, der ausdrücklich ausspricht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit erwünscht ist und schließlich, daß eine Kommission einzusetzen ist, die bis zum 15. März 1927 Bericht zu erstatten hat und die technischen Möglichkeiten über die Verkürzung der Arbeitszeit untersuchen soll, diesen Teil des Schiedspruches hat der Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt.

Hier ist zunächst die Frage zu stellen, ob eine derartige Verbindlichkeitsklärung, die willkürlich einen Teil des Schiedspruches wegläßt, rechtlich überhaupt zulässig ist. Aber ganz abgesehen von der juristischen Frage, ist es sehr bezeichnend für die Haltung, die heute noch im Reichsarbeitsministerium über den Achtstundentag herrscht, daß der Reichsarbeitsminister den traurigen Mut gefunden hat, einen Schiedspruch für verbindlich zu erklären, der die Arbeiterschaft zwingt, zwölf Stunden zu arbeiten und ihnen die Möglichkeit nimmt, sich gegen diese Sklaverei zur Wehr zu setzen.

Gewiß kommt die „Rote Fahne“ hier dem Reichsarbeitsminister insofern zu Hilfe, daß sie erklärt, die Gewerkschaften hätten durchaus die Möglichkeit, einen Kampf gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch zu führen. Das kann das Volkswissenschaftlichen Lesern erzählen. Der Reichsarbeitsminister und die Gerichte wissen es besser. Die Gewerkschaften haben weder die Möglichkeit, bei einem für verbindlich erklärten Schiedspruch ihre Mitglieder zu unterstützen, noch sonst irgendwelche Kampfmaßnahmen zu treffen. Wenn eine Gewerkschaft ihre Mitglieder auch nur auffordert, die Arbeit niederzulegen, um die Erfüllung des Schiedspruches zu verhindern, so würde das jedem Gericht vollkommen genügen, um die Gewerkschaft für den den Unrechtmäßigkeiten entstandenen Schaden haftpflichtig zu machen.

Gewiß kann keine Verbindlichkeitsklärung die Arbeiter behindern, nach achtstündiger Arbeitszeit ihre Arbeitsstätten zu verlassen. Die Folge würde aber zweifellos die Entlassung dieser Arbeiter sein. Es würde zu einem Kampf kommen, bei dem der Gewerkschaft die Hände gebunden wären und die Arbeiter ohne den Rückhalt der Organisation dastehen würden. Wie ein solcher Kampf ausgehen muß, liegt auf der Hand. Der „Rote Fahne“ mag ein solcher Ausgang höchst gleichgültig sein. Die APD. operiert so mit Bornliebe mit den „revolutionären Unorganisierten“. Das ist das richtige Menschenmaterial für Moskau.

Wir aber, die wir nur Vertrauen haben in den organisierten Kampf der Arbeiterschaft, erheben den schärfsten Protest gegen die Parteinahme des Reichsarbeitsministers, der einen Schiedspruch für verbindlich erklärt, der die jetzt gültige Arbeitszeit um weitere drei Monate verlängert, von dem Schiedspruch aber gerade den Teil ausnimmt, der die Verkürzung dieser Arbeitszeit in den Bereich der Möglichkeit zieht.

Handwerkskammer und Handwerksjammer.

Reaktionäre Umtriebe.

Vor kurzem ging durch die reaktionäre Presse eine denunziatorische Notiz gegen ein „Lesebuch für junge Handwerker“, das von der badischen Handwerkskammer herausgegeben wurde und angeblich lehrerliche Ansichten gegen die Götzen der Reaktion enthalte. Diese Notiz verursachte Aufregung bei allen, die das „Handwerk“ am liebsten in die Zeiten eines Hans Sachs zurückschrauben möchten. Wie sie auf die bloße Andeutung, es könnte einer ein Republikaner werden, reagieren, zeigt folgendes Rundschreiben der Harburger Handwerkskammer, das ans auf den Redaktionsstisch liegt:

Harburg, den 15. Dezember 1926.

Handwerkskammer zu Harburg
Zgb. Nr. 1 16674. Rundschreiben Nr. 191.

An die Handwerksämter im Kammerbezirk
und an die
Kreis-Handwerkerbünde in Bevensen und Harburg.

In Nr. 576 der „Berliner Börsenzeitung“ vom 10. d. M. befindet sich ein Artikel über die „Moderne Geschichtsschreibung“, in dem gegen das angeblich von einer süddeutschen Handwerkskammer herausgegebene Lesebuch für junge Handwerker polemisiert wird. Es wird in diesem Artikel der schwerwiegende Vorwurf erhoben, daß diese Handwerkskammer den Sozialisierungsge danken in ihrem Schrifttum vertritt, und damit in Widerspruch mit der Wirtschaftseinstellung gerät, die sie grundsätzlich haben sollte. Wir haben die Richtigkeit dieser Ausführungen geprüft und konnten feststellen, daß dieses Lesebuch für junge Handwerker im Auftrage des badischen Handwerkskammertages von dessen Geschäftsführer Herrn Karl Hauser herausgegeben worden ist. Die von der „Berliner Börsenzeitung“ gemachten Mitteilungen entsprechen leider der Wahrheit.

Von Friedrich dem Großen wird grundsätzlich nur als Friedrich dem Zweiten gesprochen, der gern feidene Kleider trägt und Weibergeschichten hat. Sein Vater, Friedrich I., ist ein König, dessen Politik den Horizont eines Kleinbürgers hat. Bismarck wird als ein Mann dargestellt, der in jeder Hinsicht Autodidakt ist. Es werden bei der Schilderung seiner Persönlichkeit folgende Worte geprägt: „Nur mit dem Kabinettsschreiber in der Hand, d. h. der Drohung, seine Entlassung zu fordern, ringt er dem König, der wie Bismarck einmal im vertrauten Gespräch sagt, die politischen Ansichten eines Quartaners hat, notwendige Entschlüsse ab. Der Heldentatler ist alles andere als ein Heldentatler. In den größten Situationen reines Herrschertums läßt er seinen Konzler im Stich, in Potsdam, als Bismarck die Demütigung Oesterreichs verhindert, im Spiegel-

saal von Versailles, als der Kaiser den Mann, dem er alles zu verdanken hat auf provokanteste Weise schneidet, weil er mit dem Titel „Deutscher Kaiser“ nicht zufrieden ist.

Demgegenüber wird dem verstorbenen

Reichspräsidenten Friedrich Ebert

ein uneingeschränktes Lob für seine Persönlichkeit, seinen Charakter und seine Taten zuteil. Hier findet man u. a. folgenden Satz: „Bevor das Volk noch für ihn sprechen kann, greift der Tod nach ihm, er muß sich operieren lassen, der Körper ist nicht mehr widerstandsfähig. Am 26. Februar 1925 verläßt er diese Erde und nun geschieht etwas ganz Großes, der Planet hält für einen Augenblick den Atem an, Deutschland schließt, bis auf die, die niemals eine Leistung an sich zu ehren verstehen werden, was es an diesem Mann verlor hat und das Ausland bekräftigt es Deutschland, indem es diesem Saitler das beste nachruft, was ohne jeden diplomatischen und zeremoniellen Zwang jemals einem Politiker über das Grab nachgerufen worden ist.“

Bei näherer Durchsicht des Abschnittes „Um Deutschlands Schicksal“, worunter acht kleine Bildnisse deutscher Männer gegeben werden, wird man zu der klaren Erkenntnis gelangen, daß die Handwerkerjugend durch diese Schilderung im politischen Sinne beeinflusst werden soll.

Wir warnen daher dringend vor dem Ankauf dieses Buches und sind sofort an den deutschen Handwerks- und Gewerkskammertag heranzutreten, damit durch diesen eine entsprechende Erwiderung an die „Berliner Börsenzeitung“ gerichtet wird. Sofern der Kammertag unserer Bitte nicht nachgibt, werden wir von uns aus an die Schriftleitung der „Berliner Börsenzeitung“ herantreten, um in aller Deffentlichkeit darzutun, daß wir uns mit dem Inhalt des recht fragwürdigen Buches nicht einverstanden erklären können.

Handwerkskammer zu Harburg

W. Lampe, Präsident. Stadler, Syndikus.

Von „Sozialisierung“ ist in dem langen Geheimschreiben der Harburger nun beim besten Willen nichts zu spüren. Aber daß in einem Lesebuch für junge Handwerker in einer Republik die Wahrheit über monarchistische Halbgötter gesagt wird, bringt den Kalk zum Sieden. Und gar, daß in einem solchen Lesebuch über einen aus dem Handwerkerberuf hervorgegangenen großen Politiker, wie Ebert, lobendes gesagt wird, ist für die Leute von gestern revolutionäre Tat. Deshalb warnen sie vor einem Buch, das eine ihrer verwandten Berufsorganisationen amtlich herausgegeben hat.

Kleingeisterei in amtlichem Gewande! Und der preussische Staat zahlt den Handwerkskammern mit solchen Ansichten, wie der Harburger, kräftige Unterstützungsummen!

Die Berliner Ausgabe der "Tribüne", die in höheren Kreisen...

Wie steht aber diese angebliche Widerlegung, die die "Rote Fahne" bringt...

Wir haben behauptet, daß es sich um einen Kommunisten handelt...

seiner letzten Tätigkeit trat er als Kommunist auf. Solche Leute bezeichnet man eben als Kommunisten...

Dah ein Kommunist, ein Leiter des "Kämpfer", sich dazu hergeben konnte...

Macdonald über das Ergebnis des letzten Jahres.

London, 30. Dezember. (Ill.) In der letzten Nummer des "Forward" beschäftigt sich Ramsay Macdonald mit den Ereignissen des Jahres 1926.

England sollte seine inkompetenten Führer bidden. Nicht auf die Niederlage, sondern auf die Art der Niederlage.

Die Arbeitsmarktlage in Frankreich.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Einer Umfrage der CGT bei den Gewerkschaften zufolge zählt man in der französischen Textilindustrie gegenwärtig rund 30 000 und in der Bauindustrie rund 10 000 Arbeitslose.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. s. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyser; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Beckmann; Kultur: R. G. Fischer; Lokales und Sonstiges: F. H. Kersch; Anzeigen: Th. Glade; Familien in Berlin, Verlag: Buchverlag G. m. b. H. Berlin, Prud. Verlags- und Druckerei- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 1. Stock, 1. Etage.

INVENTUR AUSSERWAUF

Wenig mit dem Oldman, Platz für Jünios!

Table with multiple columns listing various goods such as '20000 Meter Seiden', '40000 Meter Kleider-Stoffe', '7500 Stück Damen- u. Kinder-Konfektion', etc., with prices and descriptions.



Beginn am 3. Januar 1927 Die Preise sind teils um 50% herabgesetzt In 15 Schaufenstern Ausstellung nur guter Qualitätswaren

Schöneberg, Hauptstraße 163

25 Millionen für die Berliner Elektrizitätswerke.

Dauernd steigender Bedarf an Licht und Kraft.

Groß-Berlin ist in den letzten Jahren von Stromführungen heimgesucht worden, die man früher in diesem Umfange nicht kannte und deren Auswirkungen bei Handel und Industrie ebenso schlimm empfunden wurden, als von den Kleinabnehmern, die sich nach dem Kriege in immer steigendem Maße dem ausschließlichen Bezug des elektrischen Lichtes zugewandt haben. Alle diese Störungen sind zurückzuführen auf eine Überlastung des Berliner Stromnetzes, das den ständig gesteigerten Ansprüchen nicht mehr nachzukommen vermag. Allein im letzten Jahr ist der Bedarf an Licht und Kraft innerhalb Groß-Berlins um 30 000 Kilowatt gestiegen, eine ungeheure Energiemenge, denn selbst Städte wie Breslau oder München haben einen Bedarf, der zum Teil noch unter dieser genannten Ziffer bleibt.

Die in den Berliner Straßen verlegten Kabel, die den Strom für Industrie- und Privatabnehmer überall hinleiten, sind schon seit Jahr und Tag weit über den Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit hinaus beansprucht, sie vermögen die erforderlichen Strommengen nicht mehr aufzunehmen, und so ist es zu erklären, daß in letzter Zeit immer wieder Kabelbrände entstanden sind. Durch die ganze Stadtteile ohne Licht blieben. In Erkenntnis dieser Tatsache haben die Berliner Elektrizitätswerke beschlossen, im kommenden Jahr erhebliche Summen zur Beseitigung dieses Uebelstandes auszuwerfen. In den ersten Tagen des Jahres wird dem Ausschuss der Werke das von der Direktion jetzt fertiggestellte Bauprogramm vorgelegt werden, das gewaltige Summen zu seiner Durchführung erfordert, das aber auf der anderen Seite die Gewähr bietet, daß in den kommenden Jahren selbst bei einem sich weiterhin starksteigenden Konsum alle Garantien für ein reibungsloses Arbeiten der Elektrizitätsversorgung gegeben sind.

In fast allen Stadtteilen sollen neben den bereits vorhandenen neue Kabel mit härteren Querschnitten verlegt werden, so daß die Überlastung des Leitungsnetzes endlich beseitigt wird. Daneben sollen neue Stützpunkte für die Verteilung des Stromes, neue Umformer und Unterstationen gebaut werden, da man am Rande der Großstadt ja in den nächsten Jahren ganz der erwachenden Bautätigkeit mit neuen, sehr erheblichen Anforderungen an die Werke rechnen muß. Der Betrag, der insgesamt nötig ist, um diese Arbeiten durchzuführen, dürfte voraussichtlich 25 Millionen Mark erreichen oder sogar übersteigen. Das entscheidende Wort wird in dieser Angelegenheit der Magistrat zu sprechen haben, der ja bekanntlich aus den Werken sehr erhebliche Einnahmen bezieht, und der, wenn die Projekte Wirklichkeit werden sollen, fernerseits Zugeständnisse machen muß, denn die Hereinnahme des benötigten Kapitals legt den Elektrizitätswerken auch selbstverständlich nicht unerhebliche finanzielle Verpflichtungen auf.

Auf der anderen Seite will man es aber unter allen Umständen vermeiden, die Tarife für Licht und Kraft zu erhöhen, um etwa auf diese Weise die notwendig werdenden Baukosten auf die Konsumenten selbst abzuwälzen. Die Angelegenheit wird deshalb nicht nur den Magistrat, sondern auch die Stadtverordnetenversammlung in kurzer Zeit noch eingehend beschäftigen. Die geplanten Neubauten, die übrigens sehr vielen Erwerbstätigen Beschäftigung bringen dürften, werden mindestens das ganze nächste Jahr hindurch dauern. Sobald jedoch das Leitungsnetz auf die erforderliche Stärke gebracht ist, wird zusammen mit der Vollendung des Kraftwerks Rummelsburg die Elektrizitätsversorgung Berlins wieder eine Höhe erreichen, die einer Weltstadt angemessen ist.

„Deutschadliger hilfsbedürftiger Greis gesucht.“

So las man's im Vermischten Teil der „Kleinen Zeitung“ einer Berliner deutschnationalen Zeitung mitten zwischen Angeboten von Mitteln gegen Wargen und von Silberzettelnoten. Man fragt erstaunt, zu welchem Zwecke. Sollte die alte, schöne, christliche Nächstenliebe wirklich noch so stark sein, daß irgendein glücksbegünstigter Junker einem altersschwachen Greis seiner Rasse eine Weihnachtsgabe bereiten wollte? Ach nein, die Sache liegt wesentlich profanischer. Das heißt auf gut Deutsch: es wird nicht etwa irgendein Greis gesucht. Den braucht man so nötig nicht. Aber seinen hochfliegenden Namen, den möchte man gar zu gern haben. Wir leben aber auch wirklich in einer schrecklichen Zeit. Vor der Revolution schien die spendende Gnadensonne der zwei Dugend deutschen Fürsten. Da war es noch möglich, zu Rang und Adel zu gelangen, vorausgesetzt, daß man ein paar Zehntausende nicht scheute, um auch die nötigen adelswürdigen „Verdienste“ aufzuweisen. Aber was tuts: in der höchsten Ratslander der Herrgott immer noch eine Erleuchtung, daß sich ein Ausweg aus solch jeßlicher Pein finde. Und so mag sich denn ein deutschadliger Greis hergeben, der seinen Namen für gutes Geld verkauft. Damit ist zwei Uebeln angehoßen: dem Hilfsbedürftigen des Alters und der Adelsstieflucht irgendeines innerlich verclumpten Geklimmes.

Das Jahresprogramm des Zirkus Karl Hagenbeck ist um zwei Nummern bereichert worden, die als Zeugnis eigener Arbeit bedeutsamen Wert besitzen. So ist es jetzt dem Dressur v. Bartsch gelungen, „Kauke“, den Seelentier, manegischer zu machen. Dieser Koloß wirkt natürlich nicht schön, jedoch sehr interessant, namentlich wenn er sich in Postur legt und so sein eigenartiges Aufrichtungsvermögen zeigt. Ferner erzieht der bekannte Schulkreuzer Antner den weißgeborenen Schimmelhengst „Blutend“, ein märchenhaft schönes, aber offenbar empfindliches und schwieriges Pferd, in mehrererer Gangarten der hohen Schule.

„Volk und Welt“, unsere illustrierte Wochenchrift und der „Vorwärts“-Wandkalender liegen der heutigen Postauflage bei.

Das Reichsbanner in der Provinz. Am 8. Januar spricht der Präsident des Reichstags, Genosse Paul Löbe, auf einer vom Reichsbanner Paderborn veranstalteten republikanischen Kundgebung über das Thema: „Des Bekenntnis zur deutschen Republik“. Dieser Vortrag ist von Bedeutung, weil gerade diese Gegend als konservativ und reaktionär bekannt ist. Das Reichsbanner Paderborn hat unter den schwierigsten Verhältnissen gegen die Angriffe der dortigen Presse und politischen Verbände zu kämpfen. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß nunmehr, auch die Republikaner sich zu regen beginnen.

Großer Inmordelichstahl in London. In der letzten Nacht sind aus der Juwelenabteilung des bekannten Warenhauses Harrods in London Schmuckgegenstände im Werte von ungefähr 10 000 Pfund Sterling gestohlen worden. Die Diebstahler sind dabei höchst geschickt vorgegangen, und es ist noch nicht ermittelt, auf welchem Wege sie in das Warenhaus eindringen konnten. Sie verließen das Gebäude, in dem sie die ganze Nacht ungestört „arbeiteten“, um

Englisch und Französisch. Am Januar beginnen neue Kurse für Anfänger und Fortschreitende. Anmeldungen von Montag, den 3. Januar, bis Donnerstag, den 6. Januar, 5-11 Uhr, bei Herrin S. H. Berlin 19. 10, Schillerstr. 16. Gartenhaus 3 Tr. (Untergrundbahn) Ränderger Platz). Anmeldung kann auch schriftlich erfolgen.

„Der Preis eines Malou-Dikorie“ KSD beginnt am Sonntag, den 2. Januar 1927 im Stadttheater Götze, Berlin S. H. 12.15 eine große Partienaufführung zuunterst keinesfalls zu verpassen. Da rechtliche Artikel der „Kleinen Zeitung“ sind, die „Kleinen Zeitung“ berichtet über einen gewöhnlichen Abend Anfang des Monats 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Eintritt einschließlich Steuer 1.— Mark.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wie wir schon, wenn auch das Schicksal der Firma Wilhelm Schöner, Berlin-Schöneberg, am 3. Januar 1927, eine große Partienaufführung zuunterst keinesfalls zu verpassen. Da rechtliche Artikel der „Kleinen Zeitung“ sind, die „Kleinen Zeitung“ berichtet über einen gewöhnlichen Abend Anfang des Monats 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Eintritt einschließlich Steuer 1.— Mark.

Wie wir schon, wenn auch das Schicksal der Firma Wilhelm Schöner, Berlin-Schöneberg, am 3. Januar 1927, eine große Partienaufführung zuunterst keinesfalls zu verpassen. Da rechtliche Artikel der „Kleinen Zeitung“ sind, die „Kleinen Zeitung“ berichtet über einen gewöhnlichen Abend Anfang des Monats 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Eintritt einschließlich Steuer 1.— Mark.

Ein fixer Dieb.

Geschwindigkeit ist keine Exerzier.

Ein mit unglaublicher Schnelligkeit handelnder Dieb hat gestern auf dem Bahnhof Friedrichstraße einem Studenten einen bösen Streich gespielt. Der Student, der vor dem Examen steht, kam von seiner Heimat Königsberg i. Pr. her, um nach Leipzig zu fahren, wo er immatrikuliert ist. Weil er einen Tag in Berlin bleiben wollte, so gab er seine beiden Koffer auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Verwahrung. Dann begab er sich nach der Telephonzelle des Bahnhofs, um ein Gespräch zu führen. Hierbei ließ er den Gepäckchein liegen. Das fiel ihm ein, bevor er noch den Bahnhof verlassen hatte. Er eilte zurück, aber der Schein war schon verschunden. Jetzt lief er nach der Verwahrungsstelle, um das Gepäc sperren zu lassen, es war jedoch von dem unehrlichen Finder des Scheines bereits abgehoben. Weil der Student beim Telephonieren zufällig auf die Uhr gesehen hatte, so konnte er feststellen, daß die ganzen Vorgänge nur 4 Minuten gedauert hatten. Die Bahnpolizei nahm sofort die Ermittlungen auf und stellte fest, daß ein Gepäckträger die beiden Koffer in eine Koffertasche gebracht hatte, in der ein junger Mann saß. Diese Drohke wurde ermittelt. Sie hatte den Fahrgast mit den beiden Koffern nach dem Bahnhof Borsig gefahren. Vor dem Eingang dort hatte der junge Mann den Chauffeur entloht. Dieser war wieder abgefahren, ohne sich den Fahrgast genauer anzusehen. Wohin der Dieb mit den Koffern gefahren ist, ließ sich bisher nicht ermitteln. Die beiden Koffer, ein größerer gelber Lederkoffer und ein kleinerer gewöhnlicher Coupecoffer, enthielten nicht viel, was für den Dieb Wert haben könnte, nur einige Kleidungsstücke, etwas Wäsche und eine Mercedes-Schreibmaschine. Um so empfindlicher aber ist der Verlust des anderen Inhaltes für den Studenten. Er besteht aus medizinischen Büchern, besonders aber aus Ausarbeitungen für Vorträge im Seminar und für das Staatsexamen. Für die Wiederbeschaffung besonders dieser Sachen fehlt der Bestohlene eine hohe Beförderung aus. Wer sie irgendwie auffindet, wird gebeten, sie an Kriminalkommissar Lipitz, Dienststelle C. 8, im Zimmer 54 des Polizeipräsidiums abzugeben.

Zu der Notiz „Das schäblichste Schneidertlein“ in Nr. 615 des „Vorwärts“ vom 30. Dezember teilt uns die Pressestelle des Polizeipräsidiums mit, daß es sich bei dem Strafbefehl von 200 M. nicht um einen Strafbefehl des Fremdenamts handelt, son-

dern um einen Strafvertrag der Staatsanwaltschaft, dem vom Gericht stattgegeben worden ist. Auf die Verurteilung des Betroffenen hin hat das Schöffengericht in öffentlicher Sitzung die Strafe dann ermäßigt.

Feuer in einem Glühlampenwerk.

Ein gefährliches Feuer entstand heute vormittag kurz nach halb 10 Uhr in einem Fabrikraum der Glühlampen-Fabrik A. G. in der Mühlenstr. 20 zu Pantow. Im ersten Stockwerk des Quergebäudes ist die sogenannte Spritzerei, in der Glühlampen durch ein Spritzverfahren rotgefärbt werden. Aus noch unbekannter Ursache, vermutlich infolge Kurzschlusses, geriet die feuergefährliche Flüssigkeit in Brand. Eine Stichflamme schoß hervor. Dem Werkmeister und vier Arbeiterinnen gelang es noch rechtzeitig, völlig unversehrt das Freie zu gewinnen. Die Feuerwehr, die unter Leitung des Baurats Keilke von der Wache Oberberg erschien, fand einen ausgebreiteten Brandherd vor. Durch die Hitze und Wassereinstromung stürzte eine etwa 6 Zentimeter starke Gipswand ein, die den Fabrikationsraum vom Dachraum trennt. Das Feuer trief hier über, doch gelang es, eine noch größere Ausbreitung zu verhindern. Die Lösch- und Aufräumarbeiten dauerten mehrere Stunden. Die Fabrikation erlitt jedoch keine Unterbrechung.

Neuer Wechselsack-Trick.

Zu einem Lebensmittelhändler in der Graefstraße in Treptow kam ein ausgekleideter junger Mann, als gerade viel Kundchaft im Laden war. Er stellte eine Glaschale mit Schrippen auf den Ladentisch und verlangte Schinken, Butter und andere Lebensmittel. Während der Ladeninhaber die bestellte Ware abgab, hat der junge Mann ihm doch einen Zehnmarktschein; den er in der Hand hielt, zu wechseln, da er mit einem vor der Tür stehenden Freunde schnell abrechnen wollte. Er erhielt das Kleingeld, behielt aber den Zehnmarktschein zurück, ließ die Glaschale stehen und verhandelte, wie der Ladeninhaber noch sah, draußen tatsächlich mit einem anderen jungen Mann. Als der Verkäufer der Ware nach zehn Minuten noch nicht wieder in den Laden getreten war und der Ladeninhaber vor die Tür trat, waren die beiden Betrüger verschwunden. Wahrscheinlich sind noch andere Geschäftsleute in gleicher Art geschädigt worden.

Nie und nirgends billiger!

Das Wahrzeichen unseres diesjährigen

Inventur-Ausverkaufs

bedeutet

rücksichtslose Herabsetzung aller Warenpreise

vor allem in den Abteilungen

Damen-Konfektion, Kleiderstoffe

Einzelangaben der Preise sind unmöglich!

usw.

Nur meine Innen-Auslagen und Fenster können Ihnen ein richtiges Bild geben.

! Ueberzeugen Sie sich selbst!

Wilk. Herm. Lessor, Schöneberg

Kolonnenstr. 10/11 Ecke Sedanstr.

Das Haus der guten und billigen Qualitäten!

Beginn:

Montag, den 3. Januar

